
Zwischen Machbarkeit und Machtlosigkeit

Ernst Veselsky

In Zeiten wie diesen mag es an der Zeit sein, vor dem Hintergrund der Nachkriegserfahrungen und -Enttäuschungen die Wirtschaftspolitik als wissenschaftlich scheinbar fundiertesten Teilbereich der Politik auf ihre Leistungsfähigkeit zu überdenken. Dazu fühle ich mich gerade aus Anlaß des Anlasses dieses Sammelbandes angesprochen.

Die Evaluierung der Nachkriegs-Wirtschaftspolitik erfordert mehr als einen nationalen Standpunkt. Schließlich ist es nach dem 2. Weltkrieg zu einer weltwirtschaftlichen Öffnung vor allem der westlichen Nationalwirtschaften einerseits, aber auch zu in hohem Maße miteinander zusammenhängenden Entwicklungen in den östlichen Volkswirtschaften gekommen. Wer die Wirtschaftspolitik der letzten 37 Jahre zum Betrachtungsgegenstand macht, muß vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen auch die Ideologien und intellektuellen Strömungen berücksichtigen: Die Verwobenheit von Praxis und Theorie setzt die Kenntnis beider oder zumindest ein Minimum an substantiellen Einsichten in beide Bereiche voraus.

Im Rahmen dieses zur Kürze verpflichtenden Beitrages kann selbstverständlich nur in unzureichendem Maße den wissenschaftlichen Ansprüchen an eine fundierte Behandlung des sicherlich herausfordernden Themas Genüge getan werden. Dennoch den Versuch, und zwar unter Verzicht auf Zitierungen und Geschlossenheit der Darstellung, zu wagen, mag jedoch für einen Autor, der wie ich Jahrzehnte mit der Materie wissenschaftlich und praktisch konfrontiert ist und auch internationale Zusammenhänge kennenlernen durfte, legitim sein.

Thesen zur Wirtschaftspolitik:

1. Das bisherige Wachstumswunder war nur in geringem Maße ein Produkt bewußter Wachstumspolitik
2. Die Vermeidung schwerer konjunktureller Rückschläge war nur in geringem Maße ein Produkt der Konjunkturpolitik

3. Die Verteilungspolitik erzielte bloß marginale Erfolge
4. Die Grenzen einer erfolgversprechenden Ablaufpolitik sind in den meisten Bereichen objektiv erreicht
5. Weltweite Probleme sind in Zukunft auf nationaler Ebene nicht zu lösen
6. Ablaufpolitik in Zukunft auf der Basis internationaler Abstimmung einsetzbar
7. Neue Weltwirtschaftsordnung unverzichtbar
8. Vergesellschaftung des technischen Fortschrittes erforderlich
9. Internalisierung der Ökologie notwendig
10. Bewältigung des gesellschaftlichen Akzeptanzproblems wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen unerlässlich

Die nicht wegzuleugnenden weltwirtschaftlichen Erfolge der 37jährigen Nachkriegsgeschichte kamen nicht von ungefähr. Auf der Basis eines durch Weltwirtschaftskrise und kriegswirtschaftliche Entwicklungen zurückgestauten Nachholbedarfs sowie eines europäischen und japanischen Wiederaufbaubedarfs konnte ein technologisches Innovationspotential wirksam werden, das durch technische, wirtschaftliche und organisatorische Kriegsanstrengungen in besonderem Maße angereichert worden war. Der institutionelle Rahmen war mit Gründung des Weltwährungsfonds, der Vereinten Nationen und des GATT innovativ neu gestaltet worden und bot ein hinreichendes Maß an politischer ebenso wie währungs- und handelspolitischer Überschaubarkeit und Sicherheit. Nach erfolgreichem Wiederaufbau schickte sich sogar der Osten an, den Westen auf wirtschaftlichem Gebiet zu einer Leistungskonkurrenz aufzufordern. Nicht zuletzt befruchtete auch die Dekolonialisierung den Welthandel. Nicht nur rückschauend konnte der Eindruck entstehen, als ob die Setzung einiger weniger weltwirtschaftlicher Ordnungselemente ausgereicht hätte, ein gleichsam naturgesetzliches Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, dessen Motor das einzelwirtschaftliche Gewinnstreben war.

In dem Maße, als das Sein das Bewußtsein schafft, begann die Nationalökonomie sich mit Theorie und Politik des Wirtschaftswachstums zu beschäftigen und die Politik der Regierungen rezipierte dieses Gedankengut mehr oder minder ausdrücklich. Das Interesse der Regierenden war ein evidenten, bot doch rasches Wirtschaftswachstum, das beinahe selbsttätige perpetuum mobile, die Möglichkeit, nationale Entwicklungsrückstände aufzuholen und die soziale Frage schmerzlos zu beantworten.

Rasches Wirtschaftswachstum hatte nebenbei zur Folge, daß der Konjunkturverlauf flacher und entdramatisiert wurde. Das Wissen um Vollbeschäftigungstheorie und -politik hatte es schon zuvor gegeben. In dem Maße, als es sich verbreitete und von mehr und mehr Staaten rezipiert wurde, machte auch das Wort: „Konjunkturen sind nicht mehr unser Schicksal, sondern unser Wille“ international die Runde. Die Tatsache raschen Wirtschaftswachstums bei Vollbeschäftigung und die Verfügbarkeit von Wachstums- sowie Vollbeschäftigungstheorie und -politik ließen beides, nämlich Realität und Theorie als Einheit, mehr

noch, die Erfolge als Ergebnis der Wirtschaftspolitik erscheinen. Das Zeitalter unbeschränkter wirtschaftspolitischer Machbarkeit schien angebrochen.

Alles schien überdies so wunderbar leicht zu gehen. Genügend technischen Fortschritt vorausgesetzt, der aber wie Manna vom Himmel zu fallen schien, genühten Investitionen, um rasches Wachstum und Wohlstandsvermehrung zu alimentieren. Wer die Investitionstätigkeit förderte, hatte damit schon wachstumspolitische Beiträge geleistet und die Berechtigung erworben, die tatsächlichen Wachstumserfolge als Früchte seines politischen Wirkens zu genießen.

Noch viel einfacher funktionierte das Entstehen von Machbarkeitsillusionen in der Konjunkturpolitik. Mangels echter Konjunkturrückschläge schien das Wissen um konjunkturpolitische Möglichkeiten bereits die Wirkung eines Impfstoffes gegen die Beschwerden konjunktureller Wechselfälle zu besitzen. Wer nicht verdächtigt werden wollte, an einen geheimnisvollen Zauber zu glauben, konnte darauf hinweisen, daß der eine oder andere Staat vollbeschäftigungspolitische Zielsetzungen sogar in Gesetzesform gekleidet oder überdies für den Ernstfall noch ein konjunkturpolitisches Instrumentarium geschaffen hatte.

Ähnliches gilt für die Verteilungspolitik. Unter dem Prätext einer rasch wachsenden Wirtschaft schien das Wachstum selbst das geeignetste Element einer Verteilungspolitik zu sein, da es die Quelle zur Überwindung von Armut zu bieten schien, ohne anderen etwas wegnehmen zu müssen. „Zuwachsverteilung statt Umverteilung“ lautete das Motto. Auch die Probleme der Dritten Welt sollten nach diesem Motte gelöst werden. Nicht zuletzt folgte auch der Aufbau des Wohlfahrtsstaates weltweit diesem Bauplan. Die Staatsquote, letztlich auch kaum etwas anderes als Ausfluß des Verteilungsverhältnisses zwischen privatem und öffentlichem Sektor, wurde mit Hoffnung auf Wachstumswüchse angehoben.

All dies förderte die Illusion grenzenloser wirtschaftspolitischer Machbarkeit. Minimale ablaufpolitische Maßnahmen schienen zu genügen, maximale Wachstums-, Stabilisierungs- und Verteilungserfolge zu gewährleisten. Während sich die Nationalökonomie mit immer praxisferneren modelltheoretischen und ökonomischen Detailproblemen beschäftigte, hatte sie die Basis eines vulgärökonomischen wirtschaftspolitischen Wunderglaubens gelegt. So konnte es geschehen, daß die wahren Wurzeln der Wirtschaftserfolge vom Unkraut überwuchert wurden und letztlich kaum auffindbar waren. Nicht das durch Bretton Woods geschaffene System langfristig überschaubarer Wechselkursrelationen, nicht der Weltfreihandel oder der Innovationspolster des 2. Weltkrieges (mit seinen Verwüstungen und Entbehrungen) wurden als Wurzeln des Erfolges anerkannt, sondern die eher marginale Ablaufpolitik.

Während die theoretische Nationalökonomie dank ihrer Praxisferne niemals in Gefahr geriet, von Tatsachen widerlegt zu werden, widerfuhr der Wirtschaftspolitik das Unglück zu großen Glücks. Große wirt-

schaftspolitische Ziele konnten ohne großen Einsatz erreicht werden. Dies zumindest bis Anfang der siebziger Jahre. Mit dem Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems und vor allem dem Erdölchock des Jahres 1973 hatten sich die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundsätzlich verändert. Seither gibt es eine internationale Wachstumsschwäche bei Stagflation und den Ruf nach Wachstums- und Stabilisierungspolitik. Seither erweist sich die Wirtschaftspolitik als ohnmächtig, Antworten auf diese wichtigen wirtschaftlichen Fragen zu finden. Seither rächten sich die scheinbar mühelos errungenen Erfolge früherer Jahre und an die Stelle des Glaubens an die Machbarkeit ist der Eindruck der Ohnmacht getreten.

Das Geschehen seit Anfang der siebziger Jahre kann als bekannt vorausgesetzt werden. Mit der sprunghaften und in ihrer Dimension irreversiblen Verteuerung des Erdöls wurde ein Strukturschock ausgelöst, den die Industriegesellschaften bis zum heutigen Tag nicht verkraften konnten. Der Schlag traf an drei strategisch wichtigen Punkten: zum ersten wurde eine Nachfrangelücke aufgerissen. Zum zweiten wurde der Preisauftrieb enorm angekurbelt und zum dritten wurde ein Großteil der bisher angewendeten Technologie obsolet. Ordnung und Grundlagen der Weltwirtschaft hatten sich seit Beginn der siebziger Jahre dramatisch verändert: Schwankende Wechselkurse und in ihrer Konsequenz-Hochzinskonkurrenz schufen eine Situation enormer währungspolitischer Unsicherheit. An die Stelle kaufkräftigen Wiederaufbau- und Nachholbedarfs sind Nachfrangelücken getreten. Vor allem aber sind die ursprünglichen kriegswirtschaftlich initiierten Technologien weitestgehend obsolet geworden.

Sieht man jedoch das Wachstumswunder der 25 Nachkriegsjahre, abgesehen von der Ausgangsposition nicht als ablauf- sondern ordnungspolitisch Grundstein gelegt, so wird die bisher eingetretene Wachstumsschwäche eher verständlich. So wenig aber das vorhergehende Wunder ohne Ordnungspolitik denkbar gewesen wäre, so wenig können ablaufpolitische Maßnahmen allein zur Gesundung der Weltwirtschaft führen. Die eher kläglichen Resultate derartiger nationaler Versuche sprechen eine deutliche Sprache.

Da gab es zunächst den Versuch eines nachfragepolitischen Gegensteuerns, um dem durch den Erdölchock bedingten Nachfrageausfall zu begegnen. Doch nur wenige Staaten konnten sich dazu entschließen. Das Resultat: Sich ausbreitende Arbeitslosigkeit, mit heute ebenso hohen Budgetdefiziten jener Staaten, die zur Vermeidung gerade dieses Effekts auf Vollbeschäftigungspolitik verzichteten.

Auch gab es den Versuch, einkommenspolitisch den zusätzlichen Preisauftrieb in Grenzen zu halten. Auch dazu waren nur wenige Staaten in der Lage. Resultat: sich ausbreitende Inflation.

Schließlich gab es den Versuch, mit tight money policy der Inflation zu begegnen. Fast alle Staaten mußten wohl oder übel mitmachen. Resultat: die cost push-Elemente der Inflation blieben im wesentlichen unverändert, die wirtschaftliche Aktivität sinkt und die Arbeitslosigkeit steigt.

Vor allem die neu entstandenen Vorsprungs- und Nachhinkeeffekte verdienen Erwähnung. Während Staaten mit weniger Arbeitslosigkeit und Inflation zunächst in Hartwährungsposition gerieten, kam es zu einer merklichen Passivierung der Leistungsbilanz und zu einem dementsprechend über ihre Grenzen hinausgehenden spread effect ihrer nachfragegestützten Maßnahmen. In weiterer Folge wurden sie von der Sogwirkung ausländischer Hochzinsen erfaßt und mit der Infektion durch ausländische Stagflation auch von dieser Seite konfrontiert.

Die Ohnmacht der Wirtschaftspolitik und die Ratlosigkeit ihrer Ratgeber kommt erstmals im Economic Outlook der OECD aus Dezember 1981 zum Ausdruck, wo die möglichen Auswirkungen einer Politik des knappen Geldes diskutiert werden und die zueinander in Konfrontation stehenden Schulen des Keynesianismus und Monetarismus zitiert werden. Beide Gedankenschulen sind im Bereich der Ablaufpolitik angesiedelt. Ohne die Relevanz insbesondere der „Neuen Nationalökonomie“ in Frage zu stellen, soll und muß man sich der Grenzen der Einsatzmöglichkeit und Effektivität ablaufpolitischer Maßnahmen bewußt sein.

Wichtigste aller Grenzen ablaufpolitischer Maßnahmen ist die Staatsgrenze. Bei Volkswirtschaften mit hoher Außenhandelsabhängigkeit können nachfragestärkende nationale Maßnahmen zu einem weitgehenden Verpuffen der Belegungswirkung ins Ausland führen. Zur Erreichung eines gegebenen Belegungseffektes wird daher ein wesentlich höherer Mitteleinsatz erforderlich. Betreiben nachfragepolitisch abstinente Außenhandelspartner noch dazu Hochzinspolitik, wird die Last für den kreditfinanzierten Expansionskurs zusätzlich erschwert. Mangels internationaler Konzertierung ablaufpolitischer Maßnahmen scheint es mit anderen Worten eine Tendenz zur Prämierung eines auf Passivität angelegten nationalen Verhaltens zu geben, wobei expansive Nachfragepolitik nicht, tight money policy hingegen schon zum internationalen Gleichschritt zwingt.

Ablaufpolitik vom Typ der Nachfrage- oder Geldmengensteuerung stößt auch national an Grenzen, wo längerfristigen Entwicklungen im Sinne von Trends entgegengewirkt werden soll. Hier liegt auch die Grenze einer Strategie des „Durchtauchens“ oder Überbrückens. Wenn kein Ende eines Wellentales abzusehen ist, birgt die Technik des Durchtauchens eine große Gefahr: Wer sich ihrer bedient, aber in eine lange Welle gerät, läuft Gefahr niemals mehr an der Oberfläche Luft schnappen zu können. Kompensatorische Nachfragestützung stößt jedenfalls früher oder später an die Schranken gesellschaftlicher Akzeptanz und zwar im Falle der Finanzierung im Kreditweg auf die mehr oder minder willkürlichen Kriterien unterworfenen internationale Beurteilung der Kreditwürdigkeit, im Falle einer Finanzierung über Steuererhöhungen auf von Land zu Land unterschiedliche dennoch aber existente psychologische Belastungstendenzen.

Für die Geldmengenpolitik gilt noch mehr als für die Nachfragepolitik, daß ihr preisdämpfender Einfluß ein eher indirekter ist und nur

über den Umweg einer Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität und damit erhöhter Arbeitslosigkeit funktioniert. Dies frei nach dem Motto: „Dieses Medikament wirkt absolut fiebersenkend, denn Tote können kein Fieber haben“.

Bleibt zur Frage der Bekämpfung hausgemachter Inflation die Antwort: Preis- und Einkommenspolitik in Ergänzung zu vorsichtiger Nachfrage- und Geldmengensteuerung, mit anderen Worten das österreichische Beispiel. Dieses Erfolgsmodell liegt aber fernab jeder internationalen Anwendbarkeit, solange andere Staaten kein unserer Wirtschaftspartnerschaft entsprechendes Organisationsinstrumentarium bzw. – was angesichts vermachteter Märkte noch viel unrealistischer ist – eine der vollständigen Konkurrenz angenäherte Wettbewerbsordnung schaffen können. Aus der Sicht unserer Erfahrungen zeigt sich, daß Inflationsbekämpfung am ehesten mit ordnungspolitischen Vorkehrungen und einer darauf aufbauenden Gesamtpolitik betrieben werden kann.

Die wirtschaftspolitischen Erfahrungen, die seit dem Ausbruch der großen weltwirtschaftlichen Kälte gewonnen werden mußten, sind insgesamt kaum ermutigend. Dies umso mehr, als man an die Wunderkraft früherer Wachstums- und Konjunkturpolitik glaubte. In Wahrheit ist das damit verbundene ablaufpolitische Instrumentarium in Fällen schwerwiegender Stagflation ausgereizt oder schlicht ungeeignet. Dennoch besteht kein Grund zu wirtschaftspolitischer Resignation. In Wahrheit war nämlich die Ablaufpolitik nicht so wundertätig, daß ihre künftig nur beschränkte Einsetzbarkeit Anlaß zu einem Gefühl wirtschaftspolitischer Ohnmacht sein muß.

Vielleicht, ja sogar vermutlich, liegt das große Zeitalter moderner Wirtschaftspolitik erst vor uns. Ganz gewiß wird ein Rückzug aus gesamtwirtschaftlicher und damit wirtschaftspolitischer Verantwortung, wie sie eigentlich mit striktem Monetarismus verbunden ist, keine Lösung bringen. Ja sogar die auf die Steuerung der Gesamtnachfrage gerichtete nationale Politik wird nicht ausreichen. Weltweit stehen so große Probleme an, daß ihre Bewältigung nicht von der Wirtschaftspolitik eines einzelnen Staates erwartet werden kann und daß man sich ganz gewiß nicht nur auf das limitierte Instrumentarium der Ablaufpolitik beschränken kann. Letzteres umso weniger, als weltwirtschaftliche Ordnungselemente wie jenes der internationalen Vorhersehbarkeit und damit Sicherheit vermittelnden früheren Währungssystems aufgehört haben zu existieren und als die Substituierung immer teurer werdender Arbeitskräfte durch billiges Kapital und billige Energie weltweit nicht mehr wirtschaftsstimulierend funktioniert.

Beraten von einigen der größten Nationalökonomien unserer Zeit, fordern die Entwicklungsländer eine neue funktionsfähige und gerechte Weltwirtschaftsordnung. Aus der Position des glücklich Besitzenden erscheint die Forderung nach Neuerung immer verdächtig. Dennoch ist sie grundvernünftig und entspricht auch unseren Interessen, das heißt dem Interesse eines ungeheuer außenhandelsabhängigen Kleinstaates. Je größer nämlich der Exportanteil eines Landes, umso

stärker wird der internationale Entwicklungsverbund wirksam. Je kleiner ein Land, umso weniger kann man sich langfristig von negativen Wirtschaftsentwicklungen des Auslands abkoppeln. Aus dieser Situation leitet sich die Tatsache ab, daß sich Österreich anders als andere, als größere Industriestaaten, nicht den Luxus einer verhandlungstaktischen Ablehnung des Strebens nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung leisten kann.

Wenn die Welt entgegen allen auf Uneinsicht beruhenden nationalen Tendenzen zum Alleingang die Lehren aus den zunehmend bitterer werdenden Erfahrungen ziehen will, so muß ein neues, erweitertes System internationaler Zusammenarbeit entwickelt werden, das funktioniert und jenes Maß an Sicherheit bietet, das alle Wirtschaftssubjekte für zukunftsorientierte Entscheidungen brauchen. Es wird jene Bereiche umfassen müssen, die mit der höchsten internationalen Mobilität einhergehen. Dazu gehören über die Währungswirtschaft hinaus Kapital- und Investitionsströme ebenso wie über grenzüberschreitende Warenlieferungen hinaus auch Dienstleistungen und Arbeitskräfte. Daneben wird es einer Minimalharmonisierung der Wirtschaftspolitik nationaler Staaten bedürfen. Der damit verbundene Souveränitätsverzicht wiegt leicht im Vergleich zu jenen, die sich aus dem gesellschaftlich unregelmäßig und unkontrollierten Wirken transnationaler Konzerne schon heute ergibt.

Eine wieder funktionierende Weltwirtschaft wird im Zeitverlauf sicherlich leistungsfähiger werden, also – wenn auch in einem ganz anderen Sinn – wachsen. Sie kann dies umso eher, wenn technischer Fortschritt Platz greift, der bisher schon etwa zwei Drittel des gesamten Wirtschaftswachstums erklärte. Will man die Akkumulation von Fortschrittsschüben nicht Kriegen überlassen, so wird man den Fortschritt gesellschaftlich kanalisieren müssen. Wenn Keynes meinte, daß Vollbeschäftigung eigentlich eine Sozialisierung der Investitionen erfordert, so bedeutet Wachstum eigentlich die Notwendigkeit einer Sozialisierung der Innovationen. Dabei scheint auf dem Weg vor uns die Produktinnovation, abgesehen von solcher, die der Bewältigung von Umweltproblemen dient, gegenüber der Technologie- und insbesondere Sozialinnovation von untergeordneter Bedeutung zu sein. Man kann mit Jan Tinbergen übereinstimmen, wenn er sagt, daß auf das Zeitalter der technischen Innovation nun ein solches der gesellschaftlichen folgen muß, wenn die Welt die sie konfrontierenden Probleme ohne großen Krach bewältigen will. In diesem Sinne wird vielleicht die Quelle neuer Entwicklungs- und damit auch Wachstumsimpulse eher von jenen Bereichen zu erwarten sein, die die Ökonomie traditioneller Prägung bisher so gering schätzt.

Bei gesellschaftlicher Innovation, um die ein neuer Aufschwung zentriert sein könnte, handelt es sich nicht um Sozialpolitik im engeren Sinn, sondern um eine ökologie- und gesellschaftsadäquate Beeinflussung von Verhaltensweisen. Erstmals in der Menschheitsgeschichte ist eine Generation mit *over kill capacities* und mit dem Problem limitierter Ressourcen und Umweltfaktoren konfrontiert. Aus ihnen die Lehre

ziehen, bedeutet nicht Abschied von der Moderne, sondern deren Beginn. Angesichts der schon bestehenden Überbevölkerung der Welt kann nämlich nur mehr der Mensch als gesellschaftliches Wesen im Mittelpunkt stehen und nicht als raffender und die Umwelt zerstörender Egoist.

Es gilt, eine neue Humanwissenschaft zu begründen, deren Aufgabe es wäre, die Bedingungen für den Fortbestand der Menschheit auf diesen Planeten zu untersuchen. Aus den verschiedensten Fachwissenschaften müßten grundsätzliche Erkenntnisse einfließen und zu einer der Vorstellung der Universitas Scientiarum angenäherten umfassenden Betrachtungsweise führen.

Viele dem Menschen angeborene Fähigkeiten, Instinkte und Verhaltensweisen werden auch einer solchen kritischen Prüfung standhalten. Gewiß wird sich darüberhinaus auch ein Mangel an überlebensstrategisch unverzichtbaren Instinkten erkennen lassen, den es edukativ und durch gesellschaftliche Anreize auszugleichen gilt. Auch darin manifestiert sich eine weitere Herausforderung ordnungspolitischer Natur. Wer sie akzeptiert, strebt nicht nach einer vorgegebenen und als Vollendung erscheinenden Ordnung im Sinne der Utopia eines Thomas Morus, sondern unterzieht sich auf der Basis eines wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses einer gesellschaftspolitischen und damit auch wirtschaftspolitischen Gestaltungsaufgabe.

In einem solchen Rahmen ist die Wirtschaftspolitik sicherlich nicht wunderwirkend, aber keineswegs so machtlos, wie sie jetzt erscheinen mag. Ihre Aufgaben gehen ohne Zweifel über den Einsatz ablaufpolitischer Instrumente weit hinaus und schließen Ordnungspolitik sinnvoll ein. Beispielsweise stellt sich dem Ausland ganz gewiß die Aufgabe einer konfliktfreien Zusammenarbeit zwischen den großen wirtschaftlichen Gruppen, wie sie in Österreich sehr erfolgreich praktiziert wird und wie sie auch das keineswegs zu verallgemeinernde Beispiel Japans mit seinem Konsens zu Lasten Dritter zeigt, gewinnen wachstumspolitische Bemühungen in dem Maße an Durchschlagskraft, als man die Bereitschaft zur institutionellen Veränderung, also zu Ordnungspolitik aufbringt.

Strukturpolitik, ein in Österreich entwickeltes und in der Bundesrepublik Deutschland zu Ehren gekommenes Etwas, kann an der Schwelle zwischen Ordnungs- und Ablaufpolitik ebenso wie zwischen Mikro- und Makroökonomie verstanden werden. Sie zu machen, ist immer zu früh oder zu spät. Dennoch ist sie notwendig. Gerade in einem Kleinstaat wie Österreich. Sie erfordert viel Kraft. Das bedeutet, daß sie in Zeiten des Wirtschaftswunders mit seinem Wunderglauben der leichten Machbarkeit entbehrlich schien. In dem Maße, als aber echte und nicht eingebildete Machbarkeiten gefragt sind, wird die Strukturpolitik mit all ihren Erfordernissen der Langfristigkeit große Bedeutung gewinnen. Dazu gehört aber als Voraussetzung die Kenntnis eines langfristigen Entwicklungspfades. Solange die Welt darauf keine kompetente Antwort findet, ist Strukturpolitik, die über die Verwirklichung einer autonomen Überlebensstrategie hinausgeht, überfordert.